

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 19 (1963)
Heft: 12

Artikel: Prof. Dr. J. R. von Salis : John F. Kennedy : Ausschnitte aus der am 23. November über Radio Beromünster gehaltenen Würdigung
Autor: Salis, J.R. von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-846508>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Prof. Dr. J. R. von Salis: John F. Kennedy

(Ausschnitte aus der am 23. November über Radio Beromünster gehaltenen Würdigung)

Ein grausames Geschick, eine abscheuliche Tat hat einen der aktivsten Staatsmänner dieser Zeit, der auch einer der *hoffnungsvollsten* war, das Leben gekostet. John F. Kennedy hat sein Amt nicht ganz drei Jahre ausüben können. Uebers Jahr, im November 1964, hätte er sich zweifellos für eine zweite Amtsdauer den amerikanischen Wählern gestellt; und obgleich ihn nach der Ansicht der Meinungsforscher sein Eintreten für die bürgerliche Gleichberechtigung der Neger in den Vereinigten Staaten viele Millionen Stimmen in den Südstaaten gekostet hätte, wurden seine Erfolgchancen als gut bezeichnet.

Kennedy war es gelungen, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zu lenken, und seine hohe, jugendliche Gestalt flösste Vertrauen ein. Als Führer der Demokraten trat er in die Spuren grosser Vorgänger, eines Wilson, eines Roosevelt. Sein Gedankengut war liberal, wie man dieses Wort in Amerika versteht, das heisst demokratisch, fortschrittlich, verständigungsbereit, konstruktiv; er bekämpfte die Korruption, setzte sich für die soziale Besserstellung der benachteiligten Klassen, für ein besseres Schulwesen und für die Rechte der Schwarzen ein. Auf dem Felde der Aussenpolitik lag ihm die Hilfe an die unterentwickelte Welt, insbesondere auch an Lateinamerika, sowie die Entspannung des Ost-West-Gegensatzes und die Konsolidierung des Friedens am Herzen. Als Katholik stand er den Auffassungen der Päpste Johannes XXIII. und Paul VI. nahe.

Aber in dem sehr konservativen Amerika musste er sich vorsichtig vorwärtstasten. Ihn mit Roosevelt zu vergleichen, wäre unbillig, denn es gibt unter den amerikanischen Politikern keinen, der sich mit dem Format, der Ausstrahlungs- und Durchschlagskraft des grossen Präsidenten der Kriegszeit vergleichen liesse. Dennoch stand Kennedys Programm der „New Frontier“ dem Geiste nach Roosevelts „New Deal“ näher als den Auffassungen der beiden Präsidenten, Truman und Eisenhower, die zwischen 1945 und 1961 die Vereinigten Staaten regiert haben. Man glaubte ihm die Redlichkeit seiner Absichten, und gerade deshalb stiess er auf hartnäckigen Widerstand in seinem Land. Als guter Taktiker trachtete er, ihn allmählich, Stück für Stück, zu überwinden.

Indessen muss zugegeben werden, dass Kennedy Mühe hatte, sich durchzusetzen. Seine unorthodoxe Art, seine Herkunft, die Wahl seiner Mitarbeiter, seine Gesetzesvorlagen erweckten unter den Berufspolitikern im Kongress Misstrauen und Abneigung. Das Kapitol war trotz den demokratischen Mehrheiten im Senat und im Repräsentantenhaus ein Hort der Opposition gegen das Weisse Haus. Die Süddemokraten verbanden sich mit den konservativen Republikanern, um die Projekte des



Cliché NZZ

Ein grosser Förderer und Verwirklicher der Menschenrechte ist

nicht mehr: JOHN F. KENNEDY fiel am 22. November 1963 in Dallas (Texas) einem Attentat zum Opfer. In seiner glänzend formulierten Inauguraladresse (wir veröffentlichten einige Abschnitte in der „Staatsbürgerin“ Nr. 1/1961) forderte er seine Mitamerikaner auf: „fragt nicht, was Amerika für Euch tun wird — fragt vielmehr, was Ihr für Euer Land tun könnt. Meine Mitbürger der ganzen Welt: fragt nicht, was Amerika für Euch tun wird, sondern, was wir für die Freiheit des Menschen tun können.“ Er hat die Fackel voller Glaube und Hingabe vorangetragen; jetzt brennt sie auf seiner letzten Ruhestätte auf dem Friedhof Arlington. Wir sind zutiefst erschüttert!

Präsidenten zu Fall zu bringen. Im Laufe dieses Jahres sind zahlreiche und wichtige Gesetzesvorlagen in den Schubladen der parlamentarischen Kommissionen liegen geblieben. Mit seinen Vorschlägen für eine Schulreform, eine Verbesserung der Sozialgesetzgebung, einen Steuerabbau ist er nicht durchgedrungen. An seinen Plänen für den Abbau der Rassenschranken musste er sich grosse Abstriche gefallen lassen, nachdem er mit seinen Eingriffen gegen negerfeindliche Städte und Staaten den Zorn der Weissen geweckt hatte. In der amerikanischen öffentlichen Meinung hatte sich viel Groll aufgestaut, der nach den amerikanischen Gepflogenheiten sich in hemmungsloser Demagogie ausleben konnte. Dem wachen, beweglichen Geist Kennedys lag Demagogie nicht; er appellierte lieber an Verstand und Einsicht, was weder weit rechts noch weit links zu überzeugen vermochte. Woher auch immer der tödliche Schuss kam, und welches die Motive des Attentäters sein mochten — sie kamen in dem tiefen Süden der Vereinigten Staaten aus einer verdorbenen Atmosphäre. Nicht anders ist es Präsident Lincoln ergangen, als er 1865 von einem Fanatiker ermordet wurde.

Kennedy hat redlich versucht, die Aussenpolitik Amerikas den neuen Verhältnissen anzupassen, in denen nicht mehr bloss zwei Hauptstädte, Washington und Moskau, Zentren der Weltpolitik sind, sondern mit mehreren Zentren gerechnet werden muss. Diese Erkenntnis und die Politik Chinas haben ihn veranlasst, eine Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion einzuleiten, die in- und ausserhalb der Vereinigten Staaten zu viel Kritik Anlass gegeben hat. Aber das Moskauer Abkommen vom vergangenen Juli über die Einstellung von Atomversuchen wurde zu einem Erfolg für den Präsidenten, nachdem es von den meisten Staaten der Welt unterzeichnet worden ist. Die sogenannte „Kennedy-Runde“, das heisst die Tarifverhandlungen zwischen Amerika und Europa, stand ihm noch bevor.

Klug, wendig und zäh, hat der verstorbene Präsident seinen Weg gesucht. Er war vortrefflich unterstützt von einem Stab wohlinformierter und dynamischer Mitarbeiter. Einen grossen Einfluss übte sein Bruder, der Justizminister Robert Kennedy, auf den Präsidenten aus. Ihm wird das Vorgehen zugeschrieben, das dieser unter mehreren Vorschlägen zur Bewältigung der gefährlichen Kuba-Krise vom Oktober 1962 gewählt hat. Wie in diesem Falle Entschlossenheit in der Sache und Klugheit in der Methode zum Erfolg geführt hat, ist in aller Erinnerung. Kennedy vermied es, den Gegner zu demütigen, und er vermied es auch in andern Fällen — San Domingo, Haiti —, die Empfindlichkeit der lateinamerikanischen Welt durch direktes Eingreifen in die innern Angelegenheiten eines Staates der Westlichen Hemisphäre zu reizen. Es ist diese Mischung von Festigkeit in den Grundsätzen und von Behutsamkeit in der Wahl der Mittel, die den politischen Stil Kennedys auszeichnete. Er wusste, was nicht alle amerikanischen Politiker wussten, dass unbedachtes Vorpellen der eigenen Sache Schaden zufügen würde.

Der Uebergang zu der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons erinnert in verschiedener Hinsicht an den Wechsel von Roosevelt zu Truman im Jahre 1945. Der neue Staats- und Regierungschef ist in höherem Grade als sein Vorgänger der Mann des Kapitols, ein in allen Künsten der parlamentarischen Taktik bewandeter Politiker, der sich wenig um Theorien kümmert, ein Praktiker der Innenpolitik, noch keine dem Ausland vertraute Figur, zumal ihm in seiner schon langen Laufbahn die aussenpolitischen Fragen fernegelegen haben. Den Senatoren und ihrem mehr erdgebundenen Wesen steht Präsident Johnson näher als den intellektuell versierten und beflügelten Mitarbeitern Kennedys.

Was immer geschehen wird: der gewaltsame Tod John Kennedys hat die Welt erschüttert, und ihre Trauer macht an keinen weltanschaulichen, politischen und nationalen Grenzen halt. Warum? Weil der Name und die Erscheinung dieses Präsidenten, zu Recht oder zu Unrecht, als eine Verheissung für eine bessere und friedlichere Zukunft empfunden wurde. Die Bedeutung des Ereignisses scheint über die Person des aus dem Hinterhalt Gemordeten hinauszugehen. Daneben erscheinen so viele tagespolitische Neuigkeiten wie Nichtigkeiten. Und gerade *das* ehrt den Dahingegangenen, dass er nicht nur ein Politiker, ein Staatspräsident, sondern auch ein Begriff, eine *Hoffnung* war.

Zum Tag der Menschenrechte:

Die Internationale Aktion zugunsten der Menschenrechte

Ziele und Ergebnisse

(Aus dem Vortrag von Frau Perle Bugnion-Secrétan, Mitglied der Nationalen Schweizerischen UNESCO-Kommission, anlässlich des 17. Staatsbürgerlichen Informationskurses von „Frau und Demokratie“ vom 19. Oktober 1963 in Bern-Gurten).

Am Vorabend des 15. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte scheint es mir gerechtfertigt, das Thema in seiner Gesamtheit aufzugreifen.

Als sich mitten im zweiten Weltkrieg Churchill und Roosevelt auf hoher See im Atlantik trafen, um die Kriegsziele festzulegen, erwähnten sie ausdrücklich die Wiederherstellung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten und gaben gleichzeitig ihrer Hoffnung Ausdruck, dass der Friede den Menschen aller Länder ein Leben ohne Furcht und Not bringen werde. Diese Punkte wurden 1944 in den Vorschlägen von Dumbarton Oakes wieder aufgegriffen, welche die Grundlage für die zukünftige Organisation der Vereinten Nationen schufen.

1945 wurde in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen angenommen, die in ihrer Präambel den Glauben an die grundlegenden